



PRESSEMITTEILUNG

24.04.2021

Baumschutzsatzung

Grüne fordern Satzung zum Baumschutz für Erkelenz

Der Schutz der Bäume soll in einer Satzung festgehalten werden. Der eingereichte Entwurf basiert auf der aktuellen Satzung des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Erkelenz. „Die trockenen Sommer der letzten Jahre haben auch in Erkelenz Spuren hinterlassen“, weiß Ulrich Wendt, ehemaliges Mitglied der GRÜNEN Ratsfraktion. „Viele Bäume sind abgestorben oder stark beschädigt.“ Daher sei ein Erhalt des verbliebenen Baumbestandes umso wichtiger, erklärt der Biologe. Denn Bäume produzieren Sauerstoff und binden Kohlendioxid. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag gegen die Klimaerwärmung. Im Sommer sorgen sie auch durch die Verdunstung gespeicherten Wassers für angenehme Kühlung. Darüber hinaus bieten sie Insekten und anderen Tieren Nahrung und Unterkunft. Alles Gründe, die für Bäume sprechen.

Trotzdem finden Bürgerinnen und Bürger immer wieder Gründe, um Bäumen zu Leibe zu rücken. Einige sind plausibel, andere nicht. „Im Bereich der Wurzeln und im Schatten der Bäume wachsen nicht alle Pflanzen und im Herbst produzieren sie Laub“, räumt Ratsfrau Silvia Stolzenberger ein. Oftmals seien sie auch einfach im Weg. Standortbezogene Nachteile hingegen lassen sich künftig durch entsprechende Pflanzenauswahl minimieren und sind nach Ansicht der grünen Ratsfraktion darüber hinaus kein ausreichender Grund, größere Bäume zu fällen.

Zum Schutz des Baumbestandes und zur Planung zukünftiger Pflanzungen fordern die Erkelenzer Grünen eine Baumschutzsatzung. Diese soll künftig verhindern, dass ohne wichtigen Grund Bäume gefällt werden. Bei Neuanpflanzungen sollte auf Baumarten zurückgegriffen werden, die der Grundstücksgröße angepasst sind. Ausgewachsene Bäume erreichen oft eine Höhe von mehr als 20 Metern und sind für heutige Stadtgärten von 500 Quadratmetern auf lange Sicht nicht geeignet.

Eine entsprechende Satzung wurde schon mehrmals im Rat diskutiert. Seitens der Stadtverwaltung wurde der Bedarf jedoch stets infrage gestellt und auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger verwiesen. Der Satzungsentwurf basiert auf der im vorigen Monat verabschiedeten Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Hans-Josef Dederichs
Fraktionsvorsitzender

Beate Schirrmeister-Heinen
Stellv. Fraktionsvorsitzende